

Soziale statt sozialistische Wirtschaftspolitik

Wieder einmal hat die SPD ein Meisterwerk sprachlicher Verschleierungskunst zustandegebracht: „Vorausschauende Strukturpolitik“. Das klingt so harmlos, so vertrauenserweckend. Aber dahinter verbirgt sich der Ansatz einer sozialistischen Wirtschaftsplanung, das langfristige Ziel des Umsturzes unserer Gesellschaftsordnung. Linke Ideologen und Systemveränderer nutzen die Krise, um mit scheinbar attraktiven Programmen den Bürger zu ködern.

Programme statt Politik

Das Dilemma, in dem wir beschäftigungspolitisch stecken, ist einfach zu beschreiben: Was zu tun ist, ist bekannt. Sachverständigenrat und Wissenschaftler haben es oft genug gesagt. In Übereinstimmung damit hat die Union in vielen Verlautbarungen, Stellungnahmen und Vorschlägen den Weg zur Vollbeschäftigung gewiesen: durch dauerhafte Steuersenkungen, Abschreibungserleichterungen bei Investitionen und einen Belastungsstopf für Wirtschaft und Bürger, durch ordnungspolitische Sicherheit und Klarheit.

Doch die Regierung scheut davor zurück, das Richtige zu tun. Denn: die Regierung ist durch die eigene Koalitionsfraktion, durch die eigenen Parteien blockiert.

Die Ideologen und Systemveränderer in SPD und FDP sind auf dem Vormarsch. Sie wollen die Krise nutzen. Marktwirtschaftliche Vorschläge zur Gesundung unserer Wirtschaft passen daher nicht in ihr Konzept. Die Richtlinien der Politik bestimmt nicht mehr der Kanzler. Er braucht die Gegner der Sozialen Marktwirtschaft zur Sicherung der Macht. Sie haben das Sagen.

Regierung und Koalition sind handlungsunfähig. Was die Regierung will, wollen die Systemveränderer nicht und umgekehrt. Leidtragende des ideologischen Streits in der Koalition sind die Arbeitslosen, die Beitrags- und Steuerzahler, die Unternehmer und Freiberufler — wir alle.

Während die Regierung in Tatenlosigkeit und Koalitionsquerelen erstarrt, sich allenfalls zu konjunkturpolitischer Kleinkrämerei durchringen kann, bastelt die SPD an sozialistischen Entwürfen für eine andere Gesellschaft. Sie ersetzt Handeln durch Programme. Jüngstes Beispiel dafür ist der Programmentwurf: „Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum“. Mit ihm will die SPD drei Ziele erreichen:

- Sie will dem Strudel der Profilosigkeit der Regierung entgehen, in den sie als Regierungspartei zu geraten droht.
- Sie will mit dem Programm den Nachweis liefern, daß sich mit sozialistischen Instrumenten und Eingriffen die Krise bewältigen läßt und sich künftig Krisen vermeiden lassen.
- Sie will durch die Diskussion eines vermeintlichen „Zukunftsprogramms“ von der Misere der Gegenwart ablenken und damit das peinliche Versagen der SPD bei der Sicherung der Vollbeschäftigung übertünchen.

„Vorausschauende Strukturpolitik“ – Etikett für sozialistische Planung

Unter dem Titel: „Vorausschauende Strukturpolitik“ kann sich vieles und nichts verbergen. Was also meint die SPD damit? „Vorausschauende Strukturpolitik“ — so das Programm — „bedeutet:

- eine umfassende Sicht des Strukturwandels durchzusetzen,
 - von einem engen Ressortdenken der einzelnen Politikbereiche abzugehen,
 - aufeinander abgestimmte Maßnahmen einzuleiten, die eine rasche Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und ihre langfristige Sicherung unterstützen“.
- Diese Definition gibt nicht viel her. Sie läßt alle politischen Wege offen, ist zu allgemein, um Klarheit zu schaffen. Erst mit den Antworten auf folgende Fragen ergibt sich ein klares Bild:

- Wer ist für die „vorausschauende Strukturpolitik“ zuständig?
- Wie und mit welchen Instrumenten soll die „vorausschauende Strukturpolitik“ gemacht werden?
- Vor allem aber: Welche Folgen hätte eine solche Politik für unsere marktwirtschaftliche und demokratische Ordnung?

Strukturplaner

Macher der Strukturpolitik sind nach dem Willen der SPD drei Instanzen:

Der Bund,

ein „Strukturrat der öffentlichen Hand“,

ein sogenannter „Strukturrat der sozialen Gruppen“.

Sie sollen darüber bestimmen, wie und in welche Richtung sich Wirtschaft und Gesellschaft wandeln sollen.

■ Die Bundesregierung soll den dazu erforderlichen „Bundesentwicklungsplan“ erstellen und regelmäßig Strukturberichte vorlegen. Eine zentrale Voraussetzung der Planerstellung sieht die SPD in „einer besseren Kenntnis der Planung der Unternehmen im Beschäftigungs- und Investitionsbereich“. Deshalb sind Investitionsmeldestellen vorgesehen, denen die Unternehmen ihre beabsichtigten Investitionen mitteilen müssen.

■ Der „Strukturrat der öffentlichen Hand“ soll lediglich „von Zeit zu Zeit“ zusammentreten und strukturpolitische Fragen beraten; eine gewichtige Rolle ist ihm somit nicht zugeschrieben.

■ Dagegen hat der „Strukturrat der sozialen Gruppen“ im Programm der SPD eine herausragende Bedeutung. Paritätisch aus Verbandsvertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengesetzt, sind ihm eine Fülle von Aufgaben und Kompetenzen zugeschrieben. Praktisch würde die Durchsetzung dieses Modells die „Einführung der Mitbestimmung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene“ bedeuten.

Voraussetzungen und Instrumente einer „vorausschauenden Strukturpolitik“

Planen kann nur, wer über die entsprechenden Planungsbefugnisse verfügt. Wichtige Planungs- und Entscheidungskompetenzen aber liegen bei den Ländern und Gemeinden. Das entspricht dem Grundgesetz, dem föderativen Aufbau der Bundesrepublik.

Die SPD will das ändern: Sie fordert eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, Länder und Gemeinden einem „Zwang zur Abstimmung der Aufgabenplanung“ zu unterwerfen. Der Strukturwandel soll also von „oben“, von der Bundesregierung und den Räten, zentral geplant und durchgesetzt werden.

Diese Planverwirklichung würde Geld kosten. Sie setzt außerdem eine Geldmenge- und Zinspolitik voraus, welche die angestrebten strukturpolitischen Ziele stützt. Eine autonome Bundesbank, verantwortlich für die Sicherung der Stabilität unseres Geldes, paßt da nicht in das Konzept. Sie könnte sich weigern, die Pläne der Planer um den Preis der Inflation zu finanzieren. Deshalb will die SPD die Autonomie der Bundesbank aushöhlen. Sie soll verpflichtet werden, sich den Plänen von Regierung und Räten zu unterwerfen.

Hauptinstrumente der Planerfüllung sind für die SPD die „öffentlichen Unternehmen“ sowie ein Strukturentwicklungsgefönd.

Öffentlich rechtliche Kreditinstitute bestreiten „bereits 60 % des Geschäftsvolumens der deutschen Banken“ (Orientierungsrahmen '85 der SPD). An einer Reihe

von Großunternehmen und Konzernen ist der Staat maßgeblich beteiligt. Das will die SPD im Sinne ihrer Lenkungsabsichten nutzen: „*Hier sind Steuerungsmöglichkeiten auszubauen und konsequenter als bisher wahrzunehmen*“ (Orientierungsrahmen). Die Sparkassen etwa oder der VW-Konzern würden aus dem marktwirtschaftlichen Zusammenhang herausgelöst; sie würden im Sinne der Wirtschaftsplanung zu Filialen des Super-Konzerns Staat.

Mit dieser geballten Lenkungsmacht eines riesigen Wirtschaftskomplexes ausgestattet, hätten die Planer und Lenker jederzeit die Möglichkeit, direkt und unmittelbar das wirtschaftliche Geschehen zu beeinflussen. Ergänzt wird dieses Instrumentarium noch durch politisch kontrollierte „Entwicklungsgeellschaften“, die staatlich bestimmte „industrielle Kernbereiche“ bilden sollen sowie durch einen „Strukturfonds zur Förderung strukturpolitischer Investitionen“, der „gezielt“ Wachstum beeinflußt.

Konsequenzen für unsere marktwirtschaftliche und politische Ordnung

Zusammengefaßt heißt für die SPD „vorausschauende Strukturpolitik“ demnach:

- Zentrale Wirtschaftsplanung und Investitionslenkung durch den Staat
- Aushöhlung des Föderalismus und der Autonomie der Notenbank, d. h. der Deutschen Bundesbank
- Vergesellschaftung staatlicher Entscheidungskompetenzen durch den sogenannten „Strukturrat der sozialen Gruppen“
- Einsatz öffentlicher bzw. staatlich bestimmter Wirtschaftsunternehmen zum Zwecke der Wirtschaftssteuerung nach politischen Gesichtspunkten.

Damit steht fest: „vorausschauende Strukturpolitik“ ist etwas anderes als Strukturpolitik. Die Strukturpolitik ist nur der Vorwand, die Verpackung für den sozialistischen Ansatz einer allgemeinen Wirtschaftsplanung. Sie soll der Öffentlichkeit vorgaukeln, daß der Inhalt harmlos ist. Die SPD versucht so, mit der Notwendigkeit des Strukturwandels die Notwendigkeit einer Systemveränderung zu begründen.

Denn:

- Investitionsmeldestellen sind die Vorstufe der Investitionslenkung. Wissen und Informationen über die Investitionsvorhaben der Betriebe zu sammeln, ist nur dann sinnvoll, wenn anschließend planend und lenkend in den Wirtschaftsprozeß eingegriffen wird.
- Der sogenannte „Bundesentwicklungsplan“ ist das Instrument, mit dem die Entscheidung über die „Entwicklung zukunftsträchtiger Branchen oder die Schrumpfung bestimmter Produktionen“ (Orientierungsrahmen) aus dem Markt in

die Politik verlagert wird; hier soll nach politischen Gesichtspunkten gesteuert, damit Investitionslenkung betrieben werden. Sinnvoll ist das wiederum nur, wenn nicht überlebensfähige Produktionen künstlich konserviert und andere, politisch nicht erwünschte Produkte von vornherein nicht zum Zuge kommen sollen.

Wenn zu Beginn dieses Jahrhunderts politisch darüber entschieden worden wäre, ob Automobile gebaut werden sollen, hätten wir wahrscheinlich heute keine leistungsfähige Autoindustrie. Der Druck der Massen, bekannt als Maschinenstürmerei, hätte wohl damals die Industrialisierung verhindert. Möglicherweise kämen Zukunftstechnologien wie die Bildschirmzeitung oder andere Kommunikationstechnologien nicht auf den Markt, weil sie als „politisch bedenklich“ eingestuft würden. Kurz:

Einer politischen Elite würde gestattet, den Menschen den technischen Fortschritt vorzuenthalten, auszusortieren, was gut und was schlecht für sie ist. Der Verbraucher, Mittelpunkt marktwirtschaftlichen Geschehens, wäre entmündigt.

— Die Herauslösung öffentlich bestimmter Unternehmen aus dem marktwirtschaftlichen Zusammenhang wie die Beseitigung der Autonomie der Notenbank, der Deutschen Bundesbank also, gibt den Wirtschaftsplanern die Werkzeuge an die Hand, die angestrebten Lenkungsziele zu erreichen. Die Marktwirtschaft würde durch Plan- und Staatswirtschaft politisch reglementiert, d. h. nur in begrenztem Umfang geduldet. Der Zugriff auf das Geldwesen wäre über die vergesellschafteten Kreditinstitute und eine nicht mehr allein der Geldwertstabilität verpflichteten Notenbank gesichert. Nichts anderes meinen die Jusos, wenn sie von der Vergesellschaftung des Bankensystems sprechen.

— Verplanung und Lenkung werden nicht dadurch erträglicher und weniger sozialistisch, daß Arbeitgebervertreter und Gewerkschaftsführer an ihr beteiligt werden sollen. Damit wird die staatliche Machtkonzentration lediglich durch eine gesellschaftliche ergänzt.

Aus der Zusammensetzung des „Strukturrats der sozialen Gruppen“ spricht zudem der ökonomisch verkürzte Politikansatz der SPD: sie billigt den Vertretern von „Arbeit“ und „Kapital“ einen Alleinvertretungsanspruch der in der Gesellschaft vorhandenen Interessen zu.

Die Interessen der Verbraucher oder Steuerzahler bleiben ebenso ausgesperrt wie die Interessen anderer wichtiger Gruppen in der Gesellschaft. Die ohnehin Mächtigen werden noch mächtiger gemacht. Ihnen wird das Recht eingeräumt, die staatliche Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik umfassend zu beeinflussen, ohne über ein entsprechendes, vom Wähler in einer demokratischen Wahl erteiltes Mandat zu verfügen. Nur ihren Mitgliedern verantwortlich, können die Verbandsvertreter vom Wähler nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Für diese Gefahren der Vergesellschaftung staatlicher Macht ist die SPD ebenso blind wie für die Gefahren, die von einem übermächtigen Staat ausgehen.

— Mit der Zentralisierung planerischer Entscheidungsbefugnisse von Ländern und Gemeinden auf den Bund, mit der zusätzlichen Konzentration wirtschaftlicher Lenkungsmacht beim Staat wachsen die Möglichkeiten des Machtmißbrauchs, der Zersetzung der Prinzipien unserer freiheitlichen Demokratie: Diese lebt wie die marktwirtschaftliche Ordnung von der Vielfalt, vom Wettbewerb zwischen Angeboten und Ideen, von der Wahl zwischen echten Alternativen. Wirtschaftslenkung und staatliche Machtfülle aber vereinheitlichen, merzen Alternativen aus, verkleinern die Vielfalt.

Damit steht fest: Ergebnis der „vorausschauenden Strukturpolitik“ wäre eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft — eine sozialistische Ordnung. Um die Abwehr eines solchen Systems, um die Sicherung und den Ausbau unserer freiheitlichen, marktwirtschaftlichen und sozialen Ordnung geht es in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung.

Programme auf dem Prüfstand

Der Programmentwurf offenbart nicht nur, daß sich die SPD von einer sozialdemokratischen Partei zu einer sozialistischen zurückentwickelt; er zeigt auch, daß die SPD den Ernst des Beschäftigungsproblems und der Probleme des Strukturwandels nicht erkennt. Die systemüberwindenden Pläne der maßgeblichen Regierungspartei verstärken das investitionsfeindliche Klima der Unsicherheit; sie geben der Befürchtung Auftrieb, über kurz oder lang erneut vor einer Erprobung der Belastbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft zu stehen.

Die FDP ist nicht unschuldig an dieser Entwicklung. Schließlich fordert die SPD jetzt das ein, was sich in der Regierungserklärung des Kanzlers hinter den Formeln: „vorausschauende Strukturpolitik“ und „koordinierte Industriepolitik“ verborgen hatte. Dem hat die FDP zugestimmt.

Prognosefehler und Planungssirrtümer

Der Glaube, Staat und Räte seien geeigneter als der Markt und eine marktwirtschaftliche Politik, den Wandel zu beherrschen, mutet naiv an.

Staatliche Planung fußt auf Vorhersagen über unsere Zukunft und einem bürokratischen Lenkungsapparat.

Die Planer müssen wissen, wie und in welche Richtung sich die Strukturen unserer Wirtschaft wandeln. Niemand weiß heute aber, wie Wirtschaft und Gesellschaft in 10 oder 20 Jahren aussehen werden. Deshalb muß die Planung auf Prognosen zurückgreifen.

Prognosen haben sich in der Vergangenheit allerdings häufiger als falsch denn als richtig erwiesen.

Jeder weiß inzwischen, wie gründlich sich Regierung und Forschungsinstitute in diesem Jahr verschätzt haben: statt des vorausgesagten realen Wachstums von 5 % wird es voraussichtlich nur ein Wachstum von 3,5 % geben; statt der prognostizierten Arbeitslosigkeit von 850 000 wahrscheinlich über 1 Million im Jahresdurchschnitt. Prognosen und Wirklichkeit klaffen also bereits für den Zeitraum eines Jahres weit auseinander.

Die Vorstellung, daß auf der Grundlage so falscher Prognosen die Weichen des langfristigen Strukturwandels der Wirtschaft falsch gestellt werden, läßt erschauern.

Denn anders als bei privaten Prognose- und Planungssirrtütern bringen Fehler in der staatlichen Wirtschaftsplanung ganze Industriezweige in den Abgrund. Die Folgen für Wachstum, Beschäftigung und Versorgung der Bevölkerung liegen auf der Hand (vgl. UiD 41/75; eine umfassende Darstellung leistet das Taschenbuch: Die gelenkte Gesellschaft, Olzog-Verlag, München 1976, Reihe: Geschichte und Staat, Bd. 183).

Alternativen der Sozialen Marktwirtschaft

Das zeigt: zur Sozialen Marktwirtschaft, zu den dezentralen Entscheidungen des einzelnen und der Unternehmen gibt es keine Alternative.

Die Soziale Marktwirtschaft hält das Risiko von Fehlentscheidungen in engen Grenzen, reagiert flexibel auf neue Anforderungen und Herausforderungen. Sie braucht dazu keinen bürokratischen Apparat, ist nicht auf die Bevormundung des Bürgers durch Planer und Räte angewiesen. Sie ist offen für neue Lösungen, die im sozialistischen Wirtschaftsmodell bürokratisch ersticken, in den Räten zerredet oder in der staatlichen Planung gar nicht erst berücksichtigt würden.

Deshalb setzt die CDU zur Überwindung der Krise, zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und zu Beherrschung des Strukturwandels in Freiheit auf die Soziale Marktwirtschaft. Sie weiß: weder Planungsämter noch Strukturräte, noch eine vergesellschaftete Staatswirtschaft, wie die SPD es vorschlägt, schaffen zusätzliche Arbeitsplätze oder können die bestehenden sichern. Nichts spricht dafür und alles dagegen, daß sich Wachstumsimpulse staatlich verordnen lassen oder durch Planungsbürokratien das Wachstum humaner würde.

Notwendig ist vielmehr, daß jetzt eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die Politik der CDU zum Zuge kommt; eine Politik, die

- Wachstum und Strukturwandel unterstützt und sozial absichert;
- durch die Abwehr antimarktwirtschaftlicher Maßnahmen, die Unterstützung der inflationshemmenden Politik der Bundesbank und eine konsequente Wettbewerbspolitik das Vertrauen in die Zukunft, in den Nutzen von Investitionen und in die marktwirtschaftliche Ordnung stärkt;

- Initiative, Leistungs- und Einsatzbereitschaft des einzelnen fördert anstatt immer neue Milliarden in staatliche „Ankurbelungsprogramme“ zu stecken, die, wie sich gezeigt hat, nicht viel nutzen und schließlich vom Bürger über höhere Steuern bezahlt werden müssen;
- Leistung wieder belohnt, deshalb die leistungsfeindliche, investitions- und beschäftigungshemmende Steuerbelastung abbaut, dadurch dem Bürger mehr Kaufkraft und den Betrieben mehr Geld zum investieren lässt;
- durch die Förderung von Zukunftsinvestitionen neue, zukunftssichere Arbeitsplätze schafft;
- Neugründungen von Betrieben und die Gründung selbständiger Existenzen erleichtert und die
- durch flankierende beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen soziale Härten verringert, Anreize zur Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen bietet und Jugendarbeitslosigkeit verhindert.

Diese Vorschläge der CDU liefern den Kontrast zum sozialistischen Programm der Verplanung und Systemüberwindung. Damit herrscht Klarheit darüber, worum es in der gegenwärtigen Diskussion um Vollbeschäftigung und Strukturwandel geht: nicht um die Richtigkeit oder Falschheit von Einzelmaßnahmen, nicht darum, ob dieser oder jener Vorschlag im sozialistischen oder marktwirtschaftlichen Konzept gut oder schlecht ist. Diese Diskussion ist zweitrangig.

Entscheidend ist der prinzipielle Konflikt zwischen Ansatz und Ziel beider Programme: Marktwirtschaft statt Staatswirtschaft, soziale statt sozialistische Politik — das sind die Alternativen, um die es geht. Deshalb kämpft die CDU um die Verwirklichung ihres Programms: im Interesse der Arbeitslosen wie der Beschäftigten, im Interesse der Offenheit und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft, im Interesse unserer Freiheit und unserer Demokratie.